

Wirtschaft

Politik

der Stände

Bezugspreis: Amt-Zentrum 128 21 - 126 77; (Verbindung mit den einzelnen Abteilungen durch die Hauptstelle) 37. Jahrgang

Abgeordnetenhaus.

Wahlrechts-Verhandlungen an.

Und nun ein rednerisches Wunder: Herr Bachnick tritt mit Fortschrittsstiefeln die Bühne, und der Saal, eben noch schwarz und voll, ist in drei Sekunden gelb und leer. F. H.

Der Sitzungsbericht.

101. Sitzung, Mittwoch, 5. Dezember, vormittags.

Am Ministertische: Ministerpräsident Graf v. Hertling, Dr. Drems, Dr. Friedberg, Herzl, Dr. Spahn, v. Eifenhart-Rothe, Schmidt, v. Breitenbach, Sydow, v. Waldow, Schiffer.

Die Tribünen sind überfüllt. Auch viele Reichstagsabgeordnete und Mitglieder des Herrenhauses haben auf ihnen Platz genommen.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Die Wahlrechtsvorlagen.

Auf der Tagesordnung stehen die drei Gesetzentwürfe, betr. a. die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, b. die Neugestaltung des Herrenhauses und c. die Wänderung des Budgetrechtes.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Beratung der drei Vorlagen verbunden.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz

hält folgende Ansprache:

Bevor wir in die — vielleicht längere Zeit in Anspruch nehmende — Beratung dieser bedeutungsvollen Vorlage eintreten, wollen Sie mir noch einen kurzen allgemeinen Hinweis gestatten: Ich gehe dabei von der Voraussetzung aus, daß Sie alle ohne Ausnahme — auf allen Seiten dieses Hauses — und von welchem Standpunkt aus Sie auch an die Vorlage herantreten mögen — dabei doch alle nur das eine Ziel im Auge haben werden, nach bestem Wissen dem Wohl des Vaterlandes zu dienen. Und deshalb, weil ich dies voraussetze, möchte ich Sie bitten, bei der Verhandlung dieser Vorlage, bei dem Austrag Ihrer vielleicht weit auseinandergehenden Meinungen über dieselbe, doch keinen Augenblick unsere politische Gesamtlage zu vergessen, niemals zu vergessen, daß die preussische Wahlreform — wie wichtig und bedeutungsvoll sie auch für die Zukunft unseres Landes sein mag — ja doch nicht die einzige, ja wohl nicht einmal die entscheidendste Schicksalsfrage darstellt, vor welche unser Volk sich heute gestellt sieht, daß aber zugleich auch heute noch eine ganze Welt von Feinden mit gespanntester Begier nur darauf wartet, wieder einmal — wie schon so manchmal im Lauf der Jahrtausende — deutsche Kraft durch deutschen inneren Hader geschwächt — die eigene sinkende Siegeshoffnung aber durch unseren inneren Zwist neu belebt zu sehen.

Das Bild unserer Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage, wie es sich in den nächsten Monaten dem Auslande darstellen wird, kann also nicht ohne den weitgehendsten Einfluß auf die Friedensbereitschaft unserer Feinde und damit auf die Fortdauer des furchtbaren Krieges sein, dessen baldige Beendigung wir doch alle — und mit uns heute wohl alle Völker der Erde ersehnen.

Das, meine Herren, wollte ich Sie bitten, in unseren kommenden Verhandlungen doch bei dem Ton und bei den Formen nicht zu vergessen, in denen Sie Ihre Meinungsverschiedenheiten über diese Vorlage — im übrigen natürlich durchaus unbeschränkt — austragen mögen.

Ministerpräsident Graf Hertling:

Am 1. November d. J. hat Seine Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen mich zum deutschen Reichskanzler berufen. Als sich herausstellte, daß die anfangs beabsichtigte Trennung der beiden Ämter nicht angängig sei, hat Seine Majestät im Anschluß an die erste Ernennung mich auch zum preussischen Ministerpräsidenten berufen.

Die Schwierigkeiten, die sich für mich daraus vom ersten Tage ergeben haben, sind sehr hoch einzuschätzen. Im Reichstage, wo ich mich vor einigen Tagen vorgestellt habe, konnte ich als eine dort bekannte Persönlichkeit auftreten, da ich viele Jahre dem Reichstage als Mitglied angehört habe. Vor Sie, meine Herren, trete ich

als ein völlig Unbekannter,

nicht, als ob ich in Preußen geboren, mit preussischen Verhältnissen nicht auch einigermaßen vertraut wäre. Ich habe 15 Jahre in Bonn a. Rh. gelebt und habe 1880 den preussischen Staatsbeamten-Eid geleistet. Nachher aber bin ich nach Bayern übergesiedelt, habe dort 30 Jahre lang als Professor an der Universität gewirkt und seit 1912 an der Spitze des bayerischen Ministeriums gestanden. Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, habe ich vom ersten Tage an voll eingeschätzt. Ich habe sofort an Seine Majestät den König die Bitte gestellt, nachdem bereits der hochverdiente bisherige Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, der Minister der öffentlichen Arbeiten Herr v. Breitenbach, gebeten hat, ihn von seiner Stellung als Vizepräsident des Staatsministeriums zu entben, einen neuen Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums zu ernennen, der mehr als es bisher der Fall war, den Ministerpräsidenten zu vertreten haben würde. Wie bekannt, hat Seine Majestät dieser Bitte entsprochen durch die Ernennung

and in das neue Geschäftsjahr eingetreten.

für Cartonnagen-Industrie in Pöschwitz. In dem er die jungen Aktien wird mitgeteilt, daß die erster des neuen Geschäftsjahrs eine Erhöhung der Um haben und daß mit einem dem letzten ähnlichen rechnen sei.

ngerung der Kabelverbände. Wie wir im Anschluß fürige Meldung erfahren, sind außer dem Starstrom auch das Schwachstromkabel-Kartell und be für isolierte Drähte über den Schluß diese is verlängert worden.

Spinnerel und Weberei Bremen. Einen Bonus 1 % des Aktienkapitals verleiht die Gesellschaft an d Zu diesem Zwecke werden 300 000 M. der Sonde ommen und dem Verfügungsbestand zugeschrieben auf 900 000 M. anwächst. Dieser Betrag wird rieggsanleihe den Aktionären mit 500 M. p ndet. Die Gesellschaft bewirkt gleichzeitig eine Kaj um 300 000 M. auf 2,1 Millionen M.

he Steinzeugwarenfabrik für Canalisation und Of trie in Friedrichsfeld l. Baden. In dem Prospekt f ktien teilt die Verwaltung mit, daß das Unternehmen n bis über das erste Viertel 1918 hinaus verfeh das Ertragnis des laufenden Geschäftsjahrs vorau er als das vorjährige sein wird. Im Vorjahr würd ide ausgeschüttet.

he Portland-Cement-Fabriken in Hamburg. D hat, wie uns berichtet wird, im laufenden Re 17 unter den bekannten Schwierigkeiten zu leide ein grenzenloser Optimist

in. (Recht, Zustimmung rechts! Heiterkeit links.) Ich bin Optimist n dem Sinne, daß ich unverbrüchlich an den guten Geist glaube, er im preussischen Volke lebt, und daran, daß dieser gute Geist ich durchsehen und sich als wirksam erweisen wird. (Beifall links.) Schon oft hat es in der Geschichte des preussischen Staates Augen- lide gegeben, in denen grundstürzende, das innere Gefüge unseres Staates umfassende Neuerungen ins Leben gerufen wurden. Inner- ner wurde da die Befürchtung geäußert, daß damit die Grund- agen des preussischen Staatswesens vernichtet und seine Zukunft jersürt würde. So war es in der großen Zeit vor hundert Jahren, ls die Stein-Hardenbergischen Reformen der Selbstverwaltung und mit der Aufhebung der Erbuntertänigkeit die sasanten Grundlagen der damaligen Besitz- und Wirtschafts- verhältnisse mit einem Federstich beseitigten. (Sehr richtig! links), so war es in der Zeit, als Preußen aufhörte, ein absolutisti- cher Staat zu sein (Sehr gut! links und im Zentrum) und so war es, wenn auch in geringerem Maße, Anfang der 70er Jahre ls bei der Einführung der Kreisordnungen die gutscherrliche Bollzweigewalt aufgehoben wurde. (Sehr gut! links.) Von allen diesen Änderungen wurden die schimmsten Befürchtungen für die Zukunft vorausgesagt und alle haben sich am Ende für den reussischen Staat als segensreich erwiesen, ja sie ind alle zu wichtigen Faktoren für die weitere gedeih- liche Entwicklung unseres Volkslebens geworden. (Sehr lchtig! links.) Gerade dadurch und nur dadurch, daß Preußen im entscheidenden Augenblick entschlossen diese Neuordnungen einführt, die gebieterrischen Forderungen ur neuen Zeit waren, ist der gewaltige Aufstieg Preußens nöglich geworden. (Sehr richtig! links.) Auch jetzt, an der Schwelle einer neuen Zeit, die anders und besser werden muß, ks die Zeit vor dem Kriege war, müssen wir alle Volksteile und le Parteien zur positiven Mitarbeit und zur Freude am Staate eranziehen. Das ist aber nur möglich, wenn sie in der gezej- ebenden Körperschaft eine Zahl von Abgeordneten haben, die ur Stärke im Lande in einem angemessenen Verhältnis steht, enn wir ein Wahlrecht schaffen, das allen Staats- ürgern grundsätzlich das gleiche Wahlrecht (Bl. Beifall.) Geschlecht das nicht, so wird das alte Miß- rauen, die alte Verbitterung, der alte Haß weiter bestehen eiben. Deshalb bitte ich Sie, sich entschlossen auf den Boden es gleichen Wahlrechts zu stellen.

Die Regierung muß und wird sich daher auch mit allen ihr ver- assungsmäßig zu Gebote stehenden Mitteln dafür einsetzen, daß das gleiche Wahlrecht Gesetz wird.

Stürm. Beifall links.) Auf die direkte und geheime Wahl gehe ch nicht weiter ein, von einer Veränderung der Wahlkreiserteilung oben wir abgesehen, weil sich die gegenwärtigen Wahlkreise im Laufe der Zeit zu festen, in sich geschlossenen Bezirken heraus- ebildet haben und ihre Beibehaltung daher zweckmäßig erschien. Widerspruch links.)

Neugestaltung des Herrenhauses.

Wir haben diesen Gesetzentwurf gleichzeitig vorgelegt, weil er n der Osterbotschaft angekündigt ist, und weil auch Abgeordneten- aus und Herrenhaus in unserem Staatsleben tatsächlich eine ge- ssaue Einheit bilden. Die staatsrechtliche Stellung des einen Hauses wurde bei der Neugestaltung des anderen daher auch in betracht gezogen. Wie in vielen anderen Ländern hat uch das Zweikammersystem sich bei uns bewährt. Diese weite Kammer unterzieht die Beschlüsse der Wahlkammer iner nochmaligen Prüfung. Eine solche Nachprüfung gibt ie Gewähr, daß das, was als gemeinsamer Beschluß beider kammern zugetrifft, dem Wohle des Staatsganzen in esonderem Maße entspricht. Das ist auch durch das gebelliche usammensarbeiten der beiden Kammern in Preußen bewiesen woren. Differenzen sind so selten gewesen, daß sie, wie beim Diäten- eck, außerordentliches Aufsehen erregt haben. Bei der Wahl- ammer kommen die Strömungen des Tages rascher und lebhafter m Ausdruck, während dem Herrenhause ein etwas zurückhaltender odererender Charakter innewohnt. Das ist für einen drungsreichen Gang der Staatsregierung im ganzen außer- eichtlich nützlich. Notwendig allerdings ist, daß die Erste ammer den Bedürfnissen der Zeit auch auf die Dauer oll entspricht, da sonst die Gefahr entsteht, daß ein starker standirender Faktor sich geltend macht. Es muß dafür orge getragen werden, daß im Herrenhause alle Kräfte und ätigkeitgruppen ihrer Bedeutung für das Ganze entsprechend ertreten sind und zu Worte kommen. Die Wahl zum Ab- geordnetenhause vollzieht sich unter dem Gesichtspunkt der politi- en Parteilagerung. Beim Herrenhause handelt es sich rum, die Determinanten unseres öffentlichen Lebens, die sich herhalb des Rahmens der politischen Parteien betätigen, zu fassen und im Herrenhause zu vereinen. Der Minister be- icht dann die Einzelheiten der Herrenhausvorlage und be- ändert die Notwendigkeit der Vertretung der städtischen id ländlichen Selbstverwaltung, der Vertretung der großen ertstände. Das sind die Hauptkristallisationspunkte, um elche herum die Neubildung des Herrenhauses erfolgt. Die hrenden Persönlichkeiten unserer großen Berufsstände, diese vorragenden Determinanten unseres öffentlichen Lebens, eben- die Vertreter der Hochschulen der beiden christlichen Kirchen n. sollen im Herrenhause vertreten sein. Daneben sollen o Persönlichkeiten aus Allerhöchstem Vertrauen ernannt werden, i sollen eine Büde ausfüllen. Hier kommen in Betracht u. a. ertreter der Künstler, Vertreter der Presse, Vertreter r jüdischen Religionsgemeinschaft und Vertreter der A- erterschaft. Die Zahl dieser aus Allerhöchstem Vertrauen Bes- serten ist beschränkt worden, um die selbständige Bedeutung des rrenhauses als gleichberechtigten Faktor der Gesetzgebung stärken, während bisher der sogenannte Pairschub möglich war. is wäre aber ein Mißtrauen des Gesetzgebers zu seinem eigenen ert gewesen, wenn an der unbeschränkten Zahl der aus Aller- höchstem Vertrauen Besessenen festgehalten würde. Der Minister ist dann auf die Bedeutung des alten ländlichen Grundbesitzes i, der ein bedeutungsvoller Faktor unseres öffentlichen Lebens sei,

5. XII. 1918

20